

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: W. B. Sauer in Kösteben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kösteben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Metz, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westmetall 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Altem.

№ 40

Sonnabend, den 2. April 1932.

45. Jahrgang

## Die Londoner Konferenz.

Die Zusammenkunft auf Mitte nächster Woche festgesetzt.  
London, 1. April.

Das englische Außenministerium teilt amtlich mit, daß die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donau-Konferenz interessierten Großmächte Mitte nächster Woche stattfinden werde, und zwar entweder am Mittwoch oder am Donnerstag. Der französische und der italienische Botschafter, die am Donnerstag im Außenministerium vortrage, haben das Einverständnis ihrer Regierungen bereits übermitteln.

## Drei Kandidaten für den 2. Wahlgang.

Wirtler verspricht.

Berlin, 1. April.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten sind die Wahlvorschläge spätestens am zehnten Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter einzureichen. Da der zweite Wahlgang auf den 10. April angesetzt ist, so ist die Frist für Einreichung der Vorschläge mit Donnerstag, den 31. März, nachts 12 Uhr, abgelaufen.

Bisher sind beim Reichswahlleiter nur drei Kandidaten angemeldet worden, und zwar Reichspräsident von Hindenburg durch den Hindenburg-Kreis, der kommunale Kandidat Thälmann durch den Reichstagsabgeordneten Torgler und der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, durch den Hauptmann Goring.

Es ist kaum darauf zu rechnen, daß noch weitere Anmeldungen erfolgen werden.

Erkenntlichweise bleibt dem deutschen Volke der Betriebsammler Wirtler für den zweiten Wahlgang erpart. Da Wirtler aus der Strafanstalt Baugen dem Reichswahlleiter mitgeteilt hat, daß er beim zweiten Wahlgang auf seine Kandidatur verzichten wolle. Allen Anfeindern nach haben auch keine Anhänger die erforderliche Zahl von 20.000 Stimmen in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht aufräumen können. Der weitere genannte Kandidat Klaus Heim ist nicht mehr.

Das Wahlergebnis wird also dadurch, daß auf dem amtlichen Stimmzettel nur die genannten drei Kandidaten verzeichnet sind, sehr vereinfacht werden.

Der Reichswahlleiter wird nach Ablauf der Frist den Kreiswahlleitern die Kandidaten in der amtlichen Reihenfolge mitteilen, damit die notwendigen Stimmzettel gedruckt werden können. An der ersten Stelle steht diesmal Reichspräsident von Hindenburg, an der zweiten Stelle steht Hitler und an der dritten Thälmann.

## „Propagandanzummern sind Flugblätter“

Groener zur Verteilung nationalsozialistischer Zeitungen.

Berlin, 1. April.

Der Reichsminister des Innern hat auf die Beschwerde der NSDAP in der Angelegenheit der Verteilung nationalsozialistischer Zeitungen in vereinfachter Auflage folgende telegraphische Antwort gegeben und sie den Landesregierungen mit der Bitte um entsprechende Veranlassung mitgeteilt:

„Von der NSDAP in der Wege geleitete Verbreitung von Propagandanzummern der Nationalsozialistischen Presse in inhaltlich beschränktem Umfang, aber in vereinfachter bis vereinfachter Auflage ist verbotlich. Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und 17. März 1932, da solche Nummern als Flugblätter anzusehen sind.“

Flugblatt ist ein durch Schrift oder Druck oder dergleichen vereinfachtes Erzeugnis, das geeignet und bestimmt ist, leicht und weit verbreitet zu werden. Dazu gehört geringer Umfang, Unentgeltlichkeit oder geringer Preis, große Auflage und die sich aus der Gestaltung des Blattes ergebende Eigenschaft, daß es als Flugblatt gedruckt und bestimmt ist. Auch einzelne Nummern einer periodischen Druckschrift können Flugblätter sein, wenn sie nach Art eines solchen z. B. als Propagandanzummern hergestellt und verbreitet werden, insbesondere wenn sie von vornherein in Art eines Flugblattes zur selbständigen Weiterverbreitung bestimmt und eingedruckt sind. Dies entspricht höchst richtiger Rechtsprechung (vergl. Bayerisches Oberstes Landesgericht, 1. Juli 1926, Bayerische Verwaltungsblätter, 1926, S. 413). Vorgehen gegen derartige Umgehungsversuche ist daher nicht zu beanfechten.“

## Hugenberg und NSDAP.

„Das neue Herzburg“.

Berlin, 1. April.

Dr. Hugenberg verbreitet in „Deutschen Schmeißer“ einen Artikel „Das neue Herzburg“, in dem sich der deutschnationalen Parteiführer über Fragen der Taktik im Hinblick auf den zweiten Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten, besonders aber im Hinblick auf die Reichswahl und die Kandidaturen anderer Bewerber auseinandersetzt. Zum zweiten Wahlgang am 10. April erklärt er u. a.:

„Es kommt mir selbstverständlich nicht darauf an, ob der eine oder andere von uns am 10. April für Adolf Hitler stimmt oder nicht. Denn das ist praktisch gleichgültig, weil die Mehrheit für Hindenburg sicher ist.“

## Der zweite Wahlgang zur Präsidentenwahl gibt mit Anlaß, in einem Augenblick, wo es der Gesamtheit der nationalen Bewegung nicht schadet, sondern nur nützt, durch Ablehnung der Beilegung eine weithin sichtbare Kundgebung zu vollziehen. Es liegt darin weit mehr, als der „Angebot“ des Herrn Wirths sich scheitern läßt. Ich habe den Wunsch, dies erst nach dem 10. April des nächsten auszuführen. So, wie die NSDAP seit Oktober die großen praktischen Entscheidungen behandelt hat, geht es nicht. Bei einer anderen Behandlung der in dieser Zeit jeweils entscheidenden politischen Fragen könnte die Nationale Bewegung schon heute im gemeinsamen Besitz der Macht sein. Die Nationalsozialisten müssen sagen, was sie wollen — nach einer Zeit des Ruheins und Erneuern werden sie schließlich genötigt sein, sich an einem neuen Herzburg der gemeinsamen politischen Arbeit zu beteiligen.“

## Erklärung des Hindenburgausschusses

Berlin, 1. April.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburgausschüsse wendet sich gegen eine Zeitungsnotiz, wonach am Karntamsatz jedem Bauern in Dietramszell 5 RM. aus der Hindenburgpforte ausbezahlt worden sein sollen und betont dazu, daß sie eine solche Auszahlung nicht veranlaßt habe. Weiter heißt es in der Erklärung:

„Wir stellen ferner nach Ermüdigung an zuständiger Stelle fest, daß auch von der „Hindenburgpforte“ d. h. dem Ertrage der Volkspende, der dem Herrn Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstag für besondere Unterfertigungsarbeiten zur Verfügung gestellt wurde, Auszahlungen nach Dietramszell selbstverständlich nicht erfolgt sind. Ferner stellen wir nach Ermüdigung in Dietramszell selbst fest, daß dort von der behaupteten Aktion überhaupt nichts bekannt ist. Das ganze stellt sich also als eine große Unwahrheit heraus.“

## Gegen neuen Lohnabbau.

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angegliederten Verbände haben sich dieser Tage mit der aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April sich ergebenden Situation beschäftigt. Gegenüber Verbretungen von Arbeitgeberseite, erneut weitere Verdrähtungen der Lohns- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die letzten gemäßigten revidierten Löhne ein Niveau geschaffen hätten, das im stärksten Mißverhältnis zu den geringen durch die Preisabnattion erzielten Preisentlängen liegt. Das ungehörig einer solchen Situation gar ein weiteres Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. 4. hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgeber zu stellen hätten.

Auch der Gesamtverband der deutschen Gewerkschaften erklärt, daß Lohnentlängen unter allen Umständen unterbleiben müssen. Sollten an Lohnabbauwünschen der Arbeitgeber Neuschlässe von Tarifverträgen, welche man Verbindlichkeitsverpflichtungen verlangen. Nichts wäre eine Lohnauverlängerung auf dem Gesetzgebungswege in Frage.

## Mietpreise und Hauszinssteuer.

Berlin, 1. April.

Im Jahre 1928 betrug die Hauszinssteuer 48 v. H. der Friedensmiete. Die Steuer wurde 1930 in Preußen um 5 v. H. gesenkt und infolge der Anordnung des Reichspräsidenten nunmehr um weitere 15 v. H., also im ganzen um 20 v. H. Bei den bedürftigen Mietern wurde früher die ganze Hauszinssteuer (d. h. 48 v. H. der Friedensmiete) erlassen.

Da aber die Hauszinssteuer nunmehr um 20 v. H. gesenkt worden ist, können den bedürftigen Mietern natürlich nicht mehr 48 v. H. der Friedensmiete, sondern nur noch 34 v. H. (d. h. 20 v. H. weniger) v. H. erlassen werden. So daß diese Mieter eine höhere Miete zu zahlen hätten. Diese Mieterhöhung wird jedoch ausgeglichen durch die allgemeine Mietensteigerung um 10 v. H. der Friedensmiete.

Dadurch, daß die allgemeine Mietensteigerung am 1. Januar und die Ermäßigung der Hauszinssteuer erst zum 1. April in Kraft getreten ist, ergibt sich die Lage, daß die bedürftigen Mieter nach dem 1. April eine höhere Miete zu zahlen haben werden, als in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April.

Es ist beschaffen, in Zukunft die Mieterleichterung nicht mehr durch Erlass der Hauszinssteuer zu gewähren, sondern die Zahlung an die bedürftigen Mieter den Fürsorgeverordnungen aufzuerlegen. Die zuständigen Ministerien in Preußen (Finanz-, Innen- und Wohlfahrtsministerium) sind ermächtigt, eine solche Veränderung in die Wege zu leiten.

## Lehrerausweisung aus dem Memelgebiet

Weitere Ausweisungsmassnahmen bevorstehend.

Memel, 1. April.

Eine Ausweisung von 21 reichsdeutschen Lehrern durch das Direktorium Simmler, die im Memelgebiet größtes Befremden erregt hat, betrifft im allgemeinen Volksschullehrer aus den verschiedenen Teilen des Gebietes.

Unter ihnen befindet sich auch ein Seminaroberlehrer namens Bau aus Memel und eine Lehrerin Fräulein Schöber aus Preußisch. Die meisten Lehrer haben nicht im entferntesten daran gedacht, etwas aus persönlichen Gründen für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren, sie waren nur nicht in der Lage, Memelländer und damit litauische Staatsangehörige zu werden, weil sie noch nicht genügend im Gebiet waren, als die Optionsfrist, so daß es nicht möglich sein wird, in allen Fällen die Schulen weiter aufrechterhalten, da die Litauer gar nicht über einen genügenden Nachwuchs verfügen, der der deutschen Sprache mächtig ist.

Einmal wird erklärt, die Lehrer besitzen nicht genügend Kenntnisse der litauischen Sprache. In anderen Fällen heißt es, sie hätten sich dienstlich unkorrekt verhalten und seien inkompetent gewesen. In einzelnen Fällen wird als Grund ein Wunsch der Schulgemeinde angegeben. Die Kündigung erfolgt ohne jede Rücksicht auf die Schulerhältnisse, so daß es nicht möglich sein wird, in allen Fällen die Schulen weiter aufrechterhalten, da die Litauer gar nicht über einen genügenden Nachwuchs verfügen, der der deutschen Sprache mächtig ist.

Nachdem hiermit davon, daß die Entlassung dieser 21 Lehrer lediglich die erste einer Reihe von Maßnahmen ist, und daß weitere Entlassungen von reichsdeutschen Lehrern und Beamten folgen werden.

Gleichzeitig will man auch einer Anzahl von ihnen den Prozeß machen, weil sie mit dem angeblichen Spion Bekers in Verbindung getreten seien. Hier werden auch Personen genannt, die den vertriebenen Berufsständen angehören, u. a. auch zwei Lehrer. Die Namen dieser Memelländer werden aber nicht bekanntgegeben.

## Neue Großlitauerpartei im Memelgebiet.

Eine Abordnung der Großlitauer des Memelgebietes, bestehend aus dem Landespräsidenten Simmler, dem ehemaligen litauischen Ministerpräsidenten Galsauskas und dem großlitauisch eingestellten Vorsitzenden der Memeler Hausbesitzerkammer, Jahn, ist mit Gouverneur Mertens an der Spitze in Romo eingetroffen.

Dieser Besuch soll mit der Gründung einer neuen großlitauischen Partei im Memelgebiet im Zusammenhang stehen, die bei den kommenden Landtagswahlen gegen die Arbeiterpartei antreten soll.

Die Fühlungnahme dieser Abordnung in Romo soll außerdem den Zweck verfolgen, Mittel für die Wahlkampagne der neuen Partei, die sich hauptsächlich als Wirtschaftspartei aufmachen wird, aufzubringen.

## Ein litauischer Lockspiegel.

Die Rolle des in Memel verhafteten Bekers.

Memel, 31. März.

Ein in Memel verhafteter Reichsdeutscher Richard Bekers, der von den litauischen Behörden der Spionage und des Verkehrs zur Störung von Unruhen im Memelgebiet beschuldigt wird, ist dem sowjetischen Untersuchungsrichter für besonders wichtige Angelegenheiten, Mollatunas, vorgeführt worden. Wie die litauische Anwaltschaft hierzu weiter mitteilt, ist in die Angelegenheit angehängt auch eine Reihe fiktiver Memelländer verwickelt, so daß unter Umständen mit weiteren Verhaftungen zu rechnen ist.

Unter dem beschlagnahmten Material sollen sich mehrere Auszüge aus Geheimbefehlen des litauischen Schützenverbandes sowie Aufstellungen über die Stärke der einzelnen Schützenabteilungen im Memelgebiet befinden. Dieser Angelegenheit, die an und für sich sehr geheimnisvoll anmutet, wird in Romo für die weitere Entwicklung des Memelkonfliktes eine außerordentliche Bedeutung beigegeben.

Richard Bekers ist landesbreitweise bei deutschen Stellen herumgeführt; es heißt nun, daß er als „aus Berlin kommend“ bezeichnet wird. Man hält es daher für sehr wahrscheinlich, daß es sich um einen von litauischer Seite bezahlten Lockspiegel handelt, zu dem Zweck, für den Wahlkampf Handhaben gegen die Memelländer zu schaffen.

## Sparmaßnahmen in USA.

Ein dringender Appell des Präsidenten Garner.

Washington, 31. März.

Nach wochenlangem Hin und Her, wobei alle Parteien im Hinblick auf die Herbstwahlen sich scheuten, die erforderlichen Steuern zu beschließen, richtete der Sprecher Garner (d. Präsident d. Hauses) einen dringenden Appell an das Repräsentantenhaus, in dem er erklärte, daß, falls der Haushalt nicht umgehend ausgeglichen werde, die Vereinigten Staaten einer unergiebigen Finanzpanik gegenüberstehen würden.

Falls der Kongreß auch weiterhin die Steuerpläne inaktiver folgte, würde keine amerikanische Bank-Anleihe von 60 Tagen den Anforderungen der Einleger mehr genügen können. An den Nationalismus appellierend, forderte in dem Garner die Repräsentantenhaus, sich zu erheben, die jeweiligen Staaten Haushalt auszugleichen. Bis auf 20 Mitglieder fanden alle auf. Die Tribünenbesucher brachen in einen ungeheuren Zulauf aus.

Der Ausschuss des Repräsentantenhauses hat einen Ertragsbudgetplan ausgearbeitet, der 1.292 Millionen Dollar beträgt und weitere Sparmaßnahmen vorsieht.



der Versteigerung dieses 1800 Morgen großen Wuts mit Zuckerrüben- und Brauereibetrieb wohl ein eines der größten in mittel-europäisches Gebiet. Das Amt, das bereits seit über 500 Jahren besteht, hat den Besitzer oft gewechselt. Allgemein wird gehofft, daß der Weimarer Kreis, der die zweite Spinnerei im Ort, das Gut übernehmen und fortzuführen wird. Eine Veräußerung des Wuts würde für die Gemeinde Schwandau ein schwerer Schaden sein. Über den Verlauf der Zwangsversteigerung ist noch nichts bekannt.

**Häufersbach.** Der Sächsisch-Anhaltische Thüringische Landtummelbund E. V. hielt in Häufersbach seine 12. Bundestagung ab. Neben zahlreichen bundesorganisatorischen Angelegenheiten wurde auch die Frage der Einbürgerung von Hochschullehrern für Gehörlose in Halle, Häufersbach und Erfurt erörtert. Den Höhepunkt der Tagung bildete ein Festabend am ersten Osterfesttag, zu dem auch die Häufersbacher Bürgergesellschaft Zutritt hatte. Es war dabei für reichhaltige Unterhaltung, wie turnerische Vorführungen, Bantomimen, Tanz usw., geforgt worden. Am zweiten Osterfesttag schloß die Tagung mit einer Beileidigung der hiesigen Landtummelmannschaft.

**Schwandau (Braum) wisch.** Aus dem Schwandauer Zimmer des Klosters wurden 800 Mark gefunden. Die Diebe hatten das Fenster eingedrückt und waren so in das Innere gelangt. Da die Schwandauer gerade in der Kirche waren, konnten die Räuber unerkannt entkommen.

**Helmstedt.** Der 17jährige Unteroffizier Horst Pogge vom Helmstedter Reform-Realgymnasium hat sich auf dem Helmstedter erschossen, um vor einem Richter zu auftreten wurde. Der Schüler war nicht nach der Oberleutnantsstelle vorgeschritten.

**Osterode (Hara).** Der von der Osteroder Vereinshand abgebaute Beamte B. A. Fische hatte die Polizei davon benachrichtigt, daß er auf dem Friedhofe Selbsterlöschung beabsichtigt. Als zwei Beamte auf dem Friedhof erschienen, um die Angehörigen anzuweisen und Fische fest zu nehmen, schloß dieser sich vor ihren Augen eine Kugel in den Kopf und war sofort tot.

**Osterode (Hara).** Als der Sohn des Zahnarztbesizers Meininger in Schwarzefeld Dienstag morgen von einem Vergnügen heimkehrte, fand er seine Eltern in einer Blutlauge liegen tot vor. Zahnarztbesizer Meininger hatte, wie sich bald herausstellte, sich selbst und seine Frau gegen 6 Uhr morgens erschossen. Meininger erlitt vor längerer Zeit einen Herzstillstand, er heiratete seine Frau mit in den Tod genommen haben, um sie von einem unheilbaren Leiden zu erlösen. Bei der Einwohnerversammlung beide Eheleute in bestem Ansehen.

**Langelsheim (Braunschweig).** Der 4000 Einwohner zählende Industriegemeinde Langelsheim am Harz ist es nicht mehr möglich, die Mittel zur Bezahlung aller Forderungen zu finden. Die Gemeindeverwaltung hat sich länger Zeit in teuren Raten gehalten. Ein Langelsheimer, einem einst blühenden Seidenspinner Fabrikarbeiter, arbeitet nur noch ein Betrieb und zwar auch verfürzt, die anderen liegen still. Die Gemeinde hat neuerdings einen Antrag um Zuschuß an den Staat gelangen lassen.

## Neues aus aller Welt.

**Selbstmord infolge Spielverluste.** Vermutlich wegen Spielverluste hat der schätzbar Kaufmann Carl Schmidt aus Berlin, der seit einiger Zeit in Joppari lebt, um ein eifriger Besucher des Spieltisches war, Selbstmord begangen. Er wird seit einigen Tagen vermißt. Seine Joppari-Wirtstheke fanden seine Kollegen, sowie seine familiären Angehörigen vor. Auf einen Notruf hin, fuhr seine Schwägerin, eine Berliner Angestellte, zu ihm und besichtigte genau seinen Selbstmord. Er habe sich die Taschen mit Steinen gefüllt, wolle konzentriertes Sublimat nehmen und sich mit einer Eisenfiste gefesselt in die Ofenröhre stürzen. Die Diebe Feindtrichter konnte bisher noch nicht gefunden werden.

**Ein Schüler in Erpresserhänden.** Ein 15jähriger Schüler ist in Jarum (Kr. Silbeseheim) seit länger als einer Woche verschunden. Alle Versuche, eine Spur des Vermißten ausfindig zu machen, blieben erfolglos. Bis zum Eltern des Kindes vor wenigen Tagen auf dem Hofe ein Schreiben fanden, in dem ein Unbekannter forderte, es sollten an einer genau bezeichneten Stelle zu einer bestimmten Abendzeit 1000 RM niedergelegt werden, dann würde der vermißte Sohn den Eltern wieder zugeführt werden. Die Unbekannte unterließ sich, die Forderungen umzusetzen und am nächsten Morgen um eine bestimmte Stunde erschien ein Mann, um das Geld an sich zu nehmen, ergriff aber jedoch die Flucht, als er sich den Beamten gegenüber sah. Dem Flüchtigen nachgefahrene Schiffe zeigten das Ziel nicht verfehlt zu haben, aber trotzdem konnte der Erpresser in der Dunkelheit entkommen. Weitere Nachforschungen sind bislang ergebnislos verlaufen.

**Kraftwagenunglück.** In der benachteiligten S-Kurve in der Straße (Kr. Witten-Lyde) ereignete sich ein schwerer Kraftwagenunglück. Ein offener Personenkraftwagen, in dem fünf Mitglieder der NSDAP von der Überführung in Braunschweig nach Hamburg heimkehrten, geriet in der Kurve, die wegen der vielen Unfälle im Volksmund „Todeskurve“ genannt wird, ins Schleudern und schlug mit dem hinteren Teil gegen einen Baum. Der Fahrer war so heftig, daß der rückwärtige Wagenpart abgerissen und die beiden hinteren Beine des Insassen herausgeschleudert wurden. Einer von ihnen, der Sturmflieger Erich Spabermann aus Hamburg, wurde gegen einen Baum geschleudert und war auf der Stelle tot. Die übrigen Mitfahrer kamen mit leichten Verletzungen und dem Schrecken davon.

**Den Gemann mit dem Zell erschlagen.** Der Wirt an dem Weidener Beer-Ving in G. m. n. e. s. b. u. (Saar) fand jetzt seine Aufräumar. Die unter dem Verdacht der Züchtung verhaftete Ehefrau des Ermordeten hat ein unvollständiges Geständnis abgelegt und sich als Alleinschuldige bezeichnet. Sie betrieelte auf das Entschuldigende das ihr nachgelagte Lebensverhältnis mit dem ebenfalls verhafteten Arbeiter Josef Klein, den man zuerst für den Haupttäter hielt.

**Wegen Unterbringungen festgenommen.** Der Geschäftsführer und der juristische Berater der Fabrikbesitzer M. G. wurden von der Polizei in G. m. n. e. s. b. u. genommen, da der Verdacht der Unterbringung von anvertrauten Spargeldern besteht. Die Polizei wurde mit einer Nachprüfung beauftragt und stellte fest, daß mit Ausnahme von 10 bis 15 000 RM sämtliche eingegangenen Spargelgelder als Geschäftskonten in die Hände des einseitigen Besizers der Gesellschaft verbracht wurden. Die eingegangenen Spargelgelder wurden nicht auf Sparkonten gutgeschrieben und auch nicht mündigfähig angelegt. Die Höhe der als Geschäftskonten verbrauchten Spargelgelder ist nicht festgestellt; die dürfte aber nahe an 200 000 RM herantommen.

**Verleitet Raubüberfall.** Auf der Bahnhofstraße D. n. a. g. l. e. s. o. l. l. i. e. r. ein Raubüberfall verübt. Der Eisenbahnassistent Gleich wurde von einem unerkannt mitkommenen Täter überfallen, zu Boden geworfen und mit einem Totschläger und durch Furcht schwer verletzt. Zugleich wurde ihm eine Handvoll Schnupftabak ins Gesicht gemorren. Infolge der erzwungenen Wegnahme des Gleich gelang es dem Räuber nicht, die Tür zu dem eigentlichen Kofferraum zu erreichen, so daß er die Flucht ergriff, ohne etwas erbeutet zu haben.

**Kohlenordnungsvergiftung.** Eine Kohlenordnungsvergiftung hat sich an Bord des deutschen Motorlegers „Sohannes“ aus Eutin, der augenblicklich in Odense liegt, ereignet. Drei Matrosen hatten im Ofen der Mannichalksäure Feuer gemacht. Als sie morgens um 6 Uhr geweckt werden sollten, gab es keine Lebenszeichen mehr von sich. Sie wurden in das Krankenhaus gebracht, wo der eine Matrose im Laufe des Tages wieder zur Besinnung kam, während der andere noch bedeutungslos darniederlag. Man hofft aber, auch ihn am Leben zu erhalten.

**Banditenverfolgung mit tödlichem Ausgang.** Drei Banditen an einem Ort (L. g. o. a. M. e. r. i. t. o) von der sie verfolgte Polizei gefolgt, wobei ein der Polizeigefangenen entkommen waren. Die Banditen hatten einen Raubüberfall im Zentrum der Stadt Drizaba ausgeführt, wobei sie einen Mann getötet hatten.

**Golz gründet eine Parfümeriefabrik in England.** Colin, der französische Parfümfabrikant und Besitzer des „Ami du Peuple“, hat eine englische Parfümeriefabrik mit einem Vermögenskapital von einer Million Mark gegründet, für die bereits zwei englische Direktoren ernannt worden sind. Die Parfümeriefabrik ist in der Nähe von Brentford in Bau genommen und soll bereits im Herbst dieses Jahres in Betrieb gesetzt werden. Bei Aufnahme des neuen Betriebes wird das Wert etwa 2000 Personen beschäftigt.

**Ghita nach Indochina gefahren.** Mit einem ihm von König Carol gestifteten rumänischen Flugzeug ist der bekannte rumänische Flieger Ghita in Bukarest nach Saigon (Indochina) gefahren. Diesen Flug hatte seinerzeit der in Indien abgekehrte und schwerverwundete Prinz Bibescu schon einmal versucht.

**Grenzmännchen in der syrischen Wüste tot aufgefunden.** Der kaiserliche Oberst Regnier, der vom Völkerring mit der Festlegung der Grenze zwischen Syrien und dem Irak beauftragt worden ist, ist in der syrischen Wüste verstorben. Oberst Regnier war mit zwei Begleitern im Flugzeug abgefahren, um sich nach dem Verbleib zu erkundigen, und ist dort nicht eingetroffen. Sofort ausgesandte Hilfsapparate haben ihn und seine beiden Begleiter tot unter den Trümmern ihres Flugzeuges in der syrischen Wüste aufgefunden.

**Große Unterdrückungen eines Stadtkassenrendanten.** Bei einer unermuteten Revision der Stadtkasse von R. u. e. l. d. durch Beamte des Danziger Senats stellte sich heraus, daß der Stadtkassenrentant Wilhelm Baumgart im Laufe der letzten drei Jahre Unterdrückungen in Höhe von etwa 45 000 Gulden begangen hat. Er hat die Veruntreuungen bei der Auszahlung von Erwerbslosunterstützungen in der Weise begangen, daß er von der Danziger Staatskasse höhere Beträge anforderte und auch erhielt, als er an die Erwerbslosen auszahlte. Die Ermittlungen dauern zurzeit noch an. Baumgart wurde dem Danziger Gerichtsfängnis eingeweiht.

**Gekändnis einer mehrfachen Kindesmörderin.** Auf die Anzeige eines früheren Liebhabers hin wurde vor einigen Tagen die Wirtschaftlerin Bertha Haupt aus Jepsow bei Sagan unter dem Verdacht des Kindesmordes verhaftet und in das Gerichtsfängnis Sagan eingeliefert. Die Kindesmörderin hat jetzt ein Geständnis abgelegt. Sie hat zugegeben, zwei neugeborene Kinder in heißes Wasser ertränkt und später die Leichen verbrannt zu haben. Außerdem hat die Kindesmörderin mehrere Verbrechen gegen das heimliche Leben begangen.

**Neue Opfer des Schmutzriegels.** Von der polnischen Grenzpolizei wurden im Grenzgebiet unweit Czernafloua zwei neue Schmutzriegel, die Spiritus von Deutschland nach Polen schmuggeln wollten, erschossen. Beide fammenten aus dem Dambroser Industriegebiet. Unweit von Hohenbirken wurden die Schmuggler, die einen Zentner Koffein nach Polen schmuggeln wollten, von einem Grenzbeamten festgenommen. Als der Beamte sie nach der nächsten Zollkontrolle bringen wollte, verletzten mehrere Personen, die Versuchten zu fliehen. Die Verletzten erkrankten von der Schmutzriegel-Gesundheit und verstarben zwei Schmutzriegel.

**Einführung der Sommerzeit in Frankreich.** Die Einführung der Sommerzeit erfolgt in Frankreich in der Nacht vom 2. auf den 3. April. Am 2. April, 23 Uhr, werden sämtliche Uhren um eine Stunde vorgetrieben, so daß von diesem Zeitpunkt an westeuropäische und mitteleuropäische Zeit wiederabgelesen ist.

**Drei Fabriken eingestürzt.** In Nantes (Frankreich) brach in einer Motorenfabrik Feuer aus, das in einem Schmelzflager reiche Nahrung fand. Trotz sofortigen Eingreifens der Feuerwehren dehnte sich der Brand bald auf das ganze Gebäude aus und griff auch auf zwei angrenzende Fabriken über. Sämtliche Fabrikgebäude brannten bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Franken.

**Heftiges Erdbeben.** Von einem außerordentlich starken Erdbeben wurde die Stadt Johannesburg (Südafrika) und das umliegende Gebiet heimgesucht. Mehrere Geschäfte, Gebäude im Mittelteil der Stadt wurden sehr stark und erlitten erhebliche Beschädigungen. Gesteine und große Stücke des Mauerwerks stürzten zu Boden. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. In einem Bergwerk stürzte ein Schacht vollkommen ein. Die Nadel des Seismographen im Johannesburger Observatorium wurde von dem heftigen Beben außer Tätigkeit gesetzt.

## Kommunistenverurteilung in Spanien.

Madrid, 1. April. Ein ausländisches Kommunisten, zumest Russen, haben im Gefängnis von Malaga eine Revolte hervorgerufen und das Gefängnis in Brand gesetzt. Als Geiseln befreiten die Gefangenen, die sämtlich mit Messern und Pistolen bewaffnet waren, unter Todesdrohungen zwei Aufseher zurück. Diese Taten verhängte die sofort ankommenden Polizeitruppen, von der Wache Geiseln wurden so beschaffen, daß die Feuerwehr eingesetzt werden konnte. Ein Teil der Aufständischen ist bereits geflohen. In einem Dorf der Provinz Caceres hat es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei, wobei zwei Arbeiter schwer verwundet wurden. Auf einer nahe Valencia führenden Landstraße wurden von Banditen ein Privatwagen durch ein Feuer die Straße gepflanztes Drahtseil zum Halten gebracht und ausgeraubt.

## Wochenendwetterbericht.

Mittwoch von der Landeswetteramt Weimar.  
Seit den Osterfesttagen ist nun endlich mildes Frühjahrs-wetter eingetreten. Tiefdruckgebiete erzwingen ihren Weg über England nach der Nordsee. Höherer Luftdruck liegt zur Zeit über Süddeutschland. Dem Luftdruckfall zufolge überwiegen mit Südwestwinden unser Gebiet. Mit der weiteren Ostwärtsverlagerung der Tiefdruckzone über der Nordsee bringen wieder kalte Luftmassen vom nördlichen atlantischen Ozean nach Süden vor. Diese werden uns am Wochenende erreichen und Anlaß zu verberlichen zu Schauerniederschlägen neigenden Aprilwetter geben.

## Schnellgerichtsverhandlung am 31. März 1932.

**Amtsgericht Nebra.**  
Verurteilungen: Amtsgerichtsdirektor Weidner als Richter. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Justizobersekretär: Protokollführer: Justizkämmerer Weim.  
Angeklagt war der Arbeiter Hermann Scherndorf aus Nebra e. L. Er ist beschuldigt, am 30. März 1932 den Polizeipostwachmeister Weim, der vor dem Rathaus die zusammenfassenden Verionen auf dem Bürgersteig bzw. Fahrstraße aufreichte, weiterzugehen, beleidigt zu haben, indem er sagte: „Du Sumpfmensch, Du halt mir gar nichts zu sagen.“ Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 10 RM, und Publikationsbefehl. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte. Der Polizeipostwachmeister Benz ist berechtigt, das Urteil innerhalb 4 Wochen nach Zustellung an ihn in dem „Nebraer Anzeiger“ einmal auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen.

## Spiel und Sport

### Nebraer Sportvereinigung 1924.

Infolge der Puntigkeitigkeit der beiden Mannschaften macht sich in diesem Jahr ein Entscheidungsspiel um die Bezirksmeisterschaft nötig. Dieses Spiel soll nun am morgigen Sonntag auf neutralem Platz und zwar am dem B.S.C.-Platz in Lauda unter der Leitung unseres besten Gauobstriebers, Herrn Altman (des Raumburg) stattfinden. Wer besitzt nun die größeren Siegesaussichten? Die Frage ist schwer zu beantworten. Wenn auch Eintracht Wachen in technischer Beziehung etwas voraus hat, verfügt die B.S.C.-Mannschaft über den größeren Kampfsiege. Die hiesigen Reihen sind sich gleichwertig, während von den Stürmern wohl die Eintrachtler ein kleines Plus haben. Es spielen:  
Eintracht Koblheim: Specht  
Hartmann Tröge  
Ehrt Schänge  
Waderodt Fr. Waderodt E. Cidrodit Ralte G. Ernst  
Liebetritt Gebhardt Polge Hollandt  
Klinge Laude Berner II  
Eichhorn Ernenmann

**N.S.V. Nebra:** \* \* \* \* \*  
Am 15. Uhr wird das hochinteressant zu werden verpöndende Spiel angepfiffen. Einerlei, wem von beiden der Sieg zufällt - verdient haben ihn beide als Lohn für ihre Bemühungen, die erlöste Bezirksmeisterschaft zu erringen, um an den Luftspielplätzen in die Weite zu fliegen zu können. Da aber nur einer der Glücklichsten sein kann, hoffen wir, daß dieser Glücklichste auch der Beste sein möge. Zu diesem Spiel führt ein Omnibus; Fahrpreis 1. - RM. Meldungen bis heute mittig bei den Vorstandsmitgliedern Richter und Lorenz.

## Einem Tag in den anderen fochen.

Es soll damit angedeutet werden, daß man an einem Tage außer dem Tagesgericht auch bereits etwas, sei es nun Fleisch, Gemüse oder Kartoffeln, für den nächsten Tag mitbringt und dadurch bereits einen Teil der Arbeit vorweggenommen hat, die ebenfalls der nächste Tag gebracht haben würde.

Angenommen, wir haben Kartoffeln, so empfiehlt es sich, die doppelte Menge hieron zubereiten. Am nächsten Tag ist hieraus mit Fleischbrühe, Spätzeln und Sellerieblättern sehr reich eine Kartoffeluppe hergestellt, ohne daß wir an diesem Tage das immerhin zeitraubende normale Abkochen von Kartoffeln nötig hätten. Oder es die Hausfrau bereitet die doppelte Menge an Kartoffelschalen, deren ihr Haushalt bedarf. Am ersten Tage gibt sie die Hälfte zu Tisch, wie sie demgemäß ist. Am nächsten Tage schneidet sie die andere Hälfte der Stöckchen in Scheiben, bratet diese in Butter oder Fett und gibt gedünstelte Gemüse dazu. Auch von diesem Gemüse kann sie wieder reichlicher kochen, als dies eigentlich nötig wäre. Möhren, grüne Erbsen, grüne Bohnen, Blumenkohl usw. eignen sich hierzu besonders. Am kommenden Tage vermerndet sich das Gemüse in eine Gemüseuppe, die mit Eierfleisch und Gemüselöffeln eine vollkommen sättigende Mahlzeit darstellen kann.

Bei den Kochfleischgerichten pflegt man aus unerschöpflichen Gründen jedes halbe Pfund Fleisch für sich auch dann zu kochen, wenn man aus Gesundheits- oder Versorgungszwecken einportioniert an den meisten Tagen der Woche solche zu essen pflegt. In der kühleren oder gar kalten Jahreszeit kann man aber das Kochfleisch für 3 oder 4 Tage unbeschadet des Nährwertes und der Haltbarkeit auf einmal kochen und gibt einmal Reis, einmal Nudeln, und zum dritten Male vielleicht Gräupchen daran.

Diese Anregungen mögen genügen. Eine praktische Hausfrau kann die Maßregeln weiter ausbauen und sich gut helfen.  
Wi.-Sp.

## Kirchliche Nachrichten

**Sonntag Quasimodogeniti, den 3. April.**  
Sonntagsspruch: Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwindet hat (1. Johs. 5, 4).

**10 Uhr:** Hauptgottesdienst in der Kirche. (Vertrag über 1. Petrus 1, 3-4). Lieder: 72 (B1), 70 (B2), 73 (B3). Kollekte: Jugendarbeit der Kirche.

**12 Uhr:** Eimergettesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindefaal. 2 Uhr: Kindergettesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefaal. Mittwoch, 6. 4., abends 8 Uhr: Betschluss im Gemeindefaal. Freitag, 8. 4., abends 8 Uhr: Zehntausend-Breit im Gemeindefaal. Gestern wurde am 27. März Gerda Annie Müller. Verlobt wurde am 28. März die Witwe Emilie Kauder, geb. Baitzenborn, im Alter von 84 Jahren.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten und das illustrierte achtseitige Beiblatt „Reben im Bild“ (Nr. 14).



# Neobraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhlben.  
Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhlben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Köhlben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Weltamettel 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Artzen.

Nr 40

Sonnabend, den 2. April 1932.

45. Jahrgang

## Die Londoner Konferenz.

Die Zusammenkunft auf Mitte nächster Woche festgesetzt.  
London, 1. April.

Das englische Außenministerium teilt anlässlich mit, daß die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaukonferenz interessierten Großmächte Mitte nächster Woche stattfinden werde, und zwar entweder am Mittwoch oder am Donnerstag, den 31. März, nachts 12 Uhr, abgehalten. Bisher sind beim Reichswahlleiter nur drei Kandidaten angemeldet worden, und zwar Reichspräsident von Hindenburg durch den Hindenburg-Kreis, der kommunistische Kandidat Thalman durch den Reichstagsabgeordneten Torgler und der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, durch den Hauptmann Goering.

## Drei Kandidaten für den 2. Wahlgang.

Wähler versichert.

Berlin, 1. April.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten sind die Wahlvorschlüge spätestens am sechsten Tage vor der Wahl beim Reichswahlleiter einzureichen. Da der zweite Wahlgang auf den 10. April angesetzt ist, so ist die Frist für Einreichung der Vorschläge mit Donnerstag, den 31. März, nachts 12 Uhr, abgelaufen. Bisher sind beim Reichswahlleiter nur drei Kandidaten angemeldet worden, und zwar Reichspräsident von Hindenburg durch den Hindenburg-Kreis, der kommunistische Kandidat Thalman durch den Reichstagsabgeordneten Torgler und der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, durch den Hauptmann Goering.

Es ist kaum damit zu rechnen, daß noch weitere Anmeldungen erfolgen werden.

Erfahrungsgemäß bleibt dem neunten Volle der Vertriebsamt Winter für den zweiten Wahlgang erparat, da Winter aus der Strafanstalt Baunzen dem Reichswahlleiter mitgeteilt hat, daß er beim zweiten Wahlgang auf eine Kandidatur verzichten wolle. Allen Anleihen nach haben auch keine Anhänger die erforderliche Zahl von 20000 Stimmen in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht aufbringen können. Der weitere genannte Kandidat Klaus Heim ist nicht möglich.

Das Wahlgescheh wird also dadurch, daß auf dem amtlichen Stimmzettel nur die genannten drei Kandidaten verzeichnet sind, sehr vereinfacht werden.

Der Reichswahlleiter wird nach Ablauf der Frist den Kreiswahlleitern die Kandidaten in der amtlichen Reihenfolge mitteilen, damit die notwendigen Stimmzettel gedruckt werden können. An der ersten Stelle steht diesmal Reichspräsident von Hindenburg an der zweiten Stelle steht Hitler und an der dritten Thalman.

## „Propagandanummern sind Flugblätter“

Groener zur Beteiligung nationalsozialistischer Zeitungen.

Berlin, 1. April.

Der Reichsminister des Innern hat auf die Beschwerde der NSDAP in der Angelegenheit der Verteilung nationalsozialistischer Zeitungen in vereinfachter Auflage folgende telegraphische Antwort gegeben und sie den Landesregierungen mit der Bitte um entsprechende Veranlassung mitgeteilt.

Von der NSDAP in die Wege geleitete Verbreitung von Propagandanummern der Nationalsozialistischen Presse in inhaltlich beschränkter Umfang, aber in vereinfachter bis vereinfachter Auflage ist verbotlich. Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und 17. März 1932, da solche Nummern als Flugblätter anzusehen sind.

Flugblatt ist ein durch Schrift oder Druck oder dergleichen vervielfältigtes Erzeugnis, das geeignet und bestimmt ist, leicht und weit verbreitet zu werden. Dazu gehört geringer Umfang, Unregelmäßigkeit oder geringer Preis, große Auflage und die sich aus der Gestaltung des Blattes ergebende Eigenschaft, daß es als Flugblatt gedruckt und bestimmt ist. Auch einzelne Nummern einer periodischen Druckschrift können Flugblätter sein, wenn sie nach Art eines solchen z. B. als Propagandanummern hergestellt und verbreitet werden, insbesondere wenn sie von vornherein in Art eines Flugblattes zur selbständigen Weiterverbreitung bestimmt sind. Diese ergriffen höchst richtiger Reichspräsident (vergl. Bayerisches Oberstes Landesgericht, 1. Juli 1926, Bogenische Veranlassungsbefreiung, 226, S. 413). Vorgehen gegen derartige Umgehungsversuche ist daher nicht zu beanstanden.

## Hugenberg und NSDAP.

„Das neue Harzburg“.

Berlin, 1. April.

Dr. Hugenberg verbreitet in „Deutschen Schmeißer“ einen Artikel „Das neue Harzburg“, in dem sich die designtionale Parteiführer über Fragen der Taktik im Hinblick auf den zweiten Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten, besonders aber im Hinblick auf die Preiswahl und die Kandidatur anderer Kandidaten auszusprechen. Zum zweiten Wahlgang am 10. April erklärt er u. a.:

„Es kommt mir selbstverständlich nicht darauf an, ob der eine oder andere von uns am 10. April für Adolf Hitler stimmt oder nicht. Denn das ist praktisch gleichgültig, weil die Mehrheit für Hindenburg sicher ist.“

Der zweite Wahlgang zur Präsidentenwahl gibt mit Anlaß, in einem Augenblick, wo es der Gesamtheit der nationalen Bewegung nicht schadet, sondern nur nützt, durch Ablehnung der Beteiligung eine weithin sichtbare Kundgebung zu vollziehen. Es liegt darin weit mehr, als der „Angebot“ des Herrn Goebbels sich trümen läßt. Ich habe den Wunsch, dies erst nach dem 10. April des nächsten auszuführen. So wie die NSDAP seit Oktober die größten praktischen Entscheidungen behandelt hat, geht es nicht. Bei einer anderen Behandlung der in dieser Zeit jeweils entscheidenden politischen Fragen könnte die Nationale Opposition schon heute im gemeinsamen Besitz der Macht sein. Die Nationalsozialisten mögen sagen, was sie wollen — nach einer Zeit des Ruheens und Zerkens werden sie hoffentlich geneigt sein, sich an einem neuen Harzburg der gemeinsamen politischen Arbeit zu beteiligen.“

## Erklärung des Hindenburgausschusses

Berlin, 1. April.

Die Hauptgeschäftsstelle des Hindenburgausschusses wendet sich gegen eine Zeitungsnotiz, wonach am Karfreitag jeden Bauern in Dietramszell 5 RM. aus der Hindenburgspende ausgezahlt worden sein sollen und betont dazu, daß sie eine solche Auszahlung nicht veranlaßt habe. Weiter heißt es in der Erklärung:

Wir stellen ferner nach Erkundigung an zukünftiger Stelle fest, daß auch von der „Hindenburgspende“ d. h. dem Ertrage der Volkspreise, der dem Herrn Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstag für besondere Unterfertigungsgegenstände zur Verfügung gestellt wurde, Auszahlungen nach Dietramszell selbstverständlich nicht erfolgt sind. Ferner stellen wir nach Erkundigung in Dietramszell selbst fest, daß dort von der behaupteten Aktion überhaupt nichts bekannt ist. Das ganze stellt sich also als eine große Unwahrheit heraus.“

## Gegen neuen Lohnabbau.

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angedrohten Reduktionen haben sich dieser Tage mit der aus dem drohenden Ablauf der Tarifverträge Ende April sich ergebenden Situation beschäftigt. Gegenüber Bestrebungen von Arbeitgeberseite, erneut weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen, wurde zum Ausdruck gebracht, daß schon die letzten gemäßigten reduzierten Löhne ein Niveau geschaffen hätten, das im stärksten Mißverhältnis zu den geringen durch die Preisabnathion erzielten Preisentlängen liegt. Das angeht sich einer solchen Situation gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allerorts mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. 4. hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgeber zu stellen hätten.

Auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erklärt, daß Lohnsenkungen unter allen Umständen nicht unterbreitet werden. Sollten an Lohnabbauwünschen der Arbeitgeber Neuschlüsse von Tarifen scheitern, müsse man Verbindlichkeitsverpflichtungen verlangen. Notfalls könne eine Laufdauerverlängerung auf dem Gesetzgebungswege in Frage.

## Mietpreise und Hauszinssteuer.

Berlin, 1. April.

Im Jahre 1928 betrug die Hauszinssteuer 48 v. H. der Friedensmiete. Die Steuer wurde 1930 in Preußen um 5 v. H. gesenkt und infolge der Notverordnung des Reichspräsidenten nunmehr um weitere 15 v. H., also im ganzen um 20 v. H. Bei den bedürftigen Mietern wurde früher die ganze Hauszinssteuer (d. h. 48 v. H. der Friedensmiete) erlassen.

Da aber die Hauszinssteuer nunmehr um 20 v. H. gesenkt worden ist, können den bedürftigen Mietern natürlich nicht mehr 48 v. H. der Friedensmiete, sondern nur noch 38 v. H. (d. h. 20 v. H. weniger) v. H. erlassen werden, so daß diese Mieter eine höhere Miete zu zahlen hätten. Diese Mieterhöhung wird jedoch ausgeglichen durch die allgemeine Mietenfestung um 10 v. H. der Friedensmiete.

Dadurch, daß die allgemeine Mietenfestung am 1. Januar und die Ermäßigung der Hauszinssteuer erst zum 1. April in Kraft getreten ist, ergibt sich die Lage, daß die bedürftigen Mieter nach dem 1. April eine höhere Miete zu zahlen haben werden, als in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April.

Es ist beabsichtigt, in Zukunft die Mieterleichterung nicht mehr durch Erlass der Hauszinssteuer zu gewähren, sondern die Zahlung an die bedürftigen Mieter den Fürsorgeverbänden aufzuerlegen. Die zuständigen Ministerien in Preußen (Finanz-, Innen- und Wohlfahrtsministerium) sind ermächtigt, eine solche Veränderung in die Wege zu leiten.

## Lehrerausweisung aus dem Memelgebiet

Weitere Klavierungsmaßnahmen bevorstehend.

Memel, 1. April.

Eine Ausweisung von 21 reichsdeutschen Lehrern durch das Direktorium Simmel, die im Memelgebiet größtes Besetztes erregt hat, betrifft im allgemeinen Volksschullehrer aus den verschiedenen Teilen des Gebietes.

Unter ihnen befindet sich auch ein Seminaroberlehrer namens Bon aus Memel und eine Schreinerin Fräulein Schöber aus Preßlau. Die meisten Lehrer haben nicht im entferntesten daran gedacht, etwas aus persönlichen Gründen für die deutsche Staatsangehörigkeit zu optieren, sie waren nur nicht in der Lage, Memelländer und damit litauische Staatsangehörige zu werden, weil sie noch nicht genügend lang im Gebiet waren, als die Optionsfrist in Kraft trat.

Die Gründe, die Simmel für die Entlassung angibt, sind außerordentlich fadenförmig.

Einmal wird erklärt, die Lehrer beäßen nicht genügend Kenntnisse der litauischen Sprache. An anderen Fällen heißt es, sie hätten sich dienstlich unregelmäßig verhalten und seien unloyal gewesen. In einzelnen Fällen wird als Grund ein Wunsch der Schulgemeinde angegeben. Die Klüftung erfolgte ohne jede Rücksicht auf die Schulverhältnisse, so daß es nicht möglich sein wird, in allen Fällen die Schulen weiter aufrechtzuerhalten, da die Situar gar nicht über einen genügenden Nachwuchs verfügen, der der deutschen Sprache mächtig ist.

Man spricht davon, daß die Entlassung dieser 21 Lehrer lediglich die erste Reihe von Maßnahmen ist, und daß weitere Entlassungen von reichsdeutschen Lehrern und Beamten folgen werden.

Gleichzeitig will man auch einer Anzahl von ihnen den Prozeß machen, weil sie mit dem angeblichen Spion Bekers in Verbindung getreten seien. Hier werden auch Verlonen genannt, die den verdienstlichsten Berufsständen angehören, u. a. auch zwei Lehrer. Die Namen dieser Memelländer werden aber nicht bekanntgegeben.

## Neue Großkammerpartei in Memelgebiet.

Eine Abordnung der Großkammer des Memelgebietes, bestehend aus dem Landespräsidenten Simmel, dem ehemaligen litauischen Ministerpräsidenten Galsmanauskas und dem großtaukisch eingestellten Vorsteher der Memeler Hausbesitzerpartei, hat mit Gouverneur Mertens an der Spitze in Konno eingetroffen.

Dieser Besuch soll mit der Gründung einer neuen großlitauischen Partei im Memelgebiet im Zusammenhang stehen, die bei den kommenden Landtagswahlen gegen die Mehrheitspartei antreten soll.

Die Führungsperson dieser Abordnung in Konno soll außerdem den Zweck verfolgen, Mittel für die Wahlkampagne der neuen Partei, die sich hauptsächlich als Wirtschaftspartei aufmachen wird, aufzutreiben.

## Ein litauischer Lockspiegel.

Die Rolle des in Memel verhafteten Bekers.

Memel, 31. März.

Ein in Memel verhafteter Reichsdeutscher Richard Bekers, der von den litauischen Behörden der Spionage und des Verbruchs zur Stiftung von Unruhen im Memelgebiet beschuldigt wird, ist dem konnoer Untersuchungsamt für Verbrechen wider die Menschlichkeit übergeben.

Es ist bekannt, daß Bekers ein ausgesprochenes Mitglied der litauischen Partei ist, so daß unter anderem die folgenden Punkte zu erwähnen sind: Bekers soll sich mehrmals in der litauischen Partei betätigt haben, die er als „ausgezeichneten“ bezeichnet. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.

Bei den deutschen Behörden wird Bekers als „ausgezeichnet“ bezeichnet, so daß er als „ausgezeichnet“ bezeichnet wird. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.

Bei den deutschen Behörden wird Bekers als „ausgezeichnet“ bezeichnet, so daß er als „ausgezeichnet“ bezeichnet wird. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.

Bei den deutschen Behörden wird Bekers als „ausgezeichnet“ bezeichnet, so daß er als „ausgezeichnet“ bezeichnet wird. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.

Bei den deutschen Behörden wird Bekers als „ausgezeichnet“ bezeichnet, so daß er als „ausgezeichnet“ bezeichnet wird. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.

Bei den deutschen Behörden wird Bekers als „ausgezeichnet“ bezeichnet, so daß er als „ausgezeichnet“ bezeichnet wird. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.

Bei den deutschen Behörden wird Bekers als „ausgezeichnet“ bezeichnet, so daß er als „ausgezeichnet“ bezeichnet wird. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.

Bei den deutschen Behörden wird Bekers als „ausgezeichnet“ bezeichnet, so daß er als „ausgezeichnet“ bezeichnet wird. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.

Bei den deutschen Behörden wird Bekers als „ausgezeichnet“ bezeichnet, so daß er als „ausgezeichnet“ bezeichnet wird. Bekers soll in der litauischen Partei eine führende Rolle spielen und die Partei in der litauischen Partei vertreten.